

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon 030 227-77594
Telefax 030 227-76594
roderich.kiesewetter@bundestag.de
Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:
Wellandstraße 58
73434 Aalen
Telefon 07361 5249 201
Telefax 07361 5249 202
roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



Kiesewetter kompakt 10/2012

Gemeinsamer Wille zum Gelingen der Energiewende / Persönliche Notizen

"Wir wollen den Erfolg, jeder in seiner Verantwortung."

Der erfolgreiche Einstieg in die Energiewende bleibt untrennbar mit dem Namen des bisherigen Bundesumweltministers Norbert Röttgen verbunden. Unter seiner Verantwortung konnte der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung auf über ein Fünftel gesteigert werden. Daran gilt es nun anzuknüpfen. In dieser Woche wurden in diesem Sinne entscheidende Schritte auf dem Weg zur Energieversorgung der Zukunft gegangen. Am Dienstag, dem 22. Mai, wurde Peter Altmaier auf Vorschlag der Bundeskanzlerin durch den Bundespräsidenten Joachim Gauck zum Bundesumweltminister ernannt.

Bereits einen Tag nach der Ernennung Peter Altmaiers zum Bundesumweltminister lud die Bundeskanzlerin Angela Merkel die zuständigen Bundesminister sowie die Regierungschefs der Bundesländer zum Gespräch über das weitere Vorgehen in der Energiewende. Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte nach dem dreistündigen Treffen im Bundeskanzleramt, dass es zukünftig eine intensive Koordinierung der notwendigen Schritte geben werde. An oberster Stelle werden das die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten in halbjährlichen Gesprächsrunden übernehmen. Eingerahmt wird der Prozess von einem intensiven Austausch der Fachministerien auf Bundes- und Länderebene. Dabei streben Bund und Länder auch eine stärkere europäische Zusammenarbeit in

energiepolitischen Fragen an. Darin einbezogen werden ebenso Gesellschaft, Energieunternehmen und Kommunen. Schon im Juni wird die Bundeskanzlerin erneut mit den Ministerpräsidenten über die Energiepolitik sprechen. Thema wird dann der erste Entwurf des Netzentwicklungsplans sein. Diesen werden die Übertragungsnetzbetreiber in der kommenden Woche in der Bundesnetzagentur übergeben. Dabei geht es um die Netze, die in den nächsten zehn Jahren zu bauen sind.

Bis Ende des Jahres wollen Bund und Länder sich zu diesem wichtigen Thema der Energiewende abstimmen. Bei dem Gespräch wurden neben der Festlegung des generellen Verfahrens auch konkrete Aufträge erteilt. Der verabredete Plan "Energieversorgung muss sicher, umweltfreundlich und bezahlbar sein für die Menschen in Deutschland" bleibe dabei unverändert, betonte die Kanzlerin. Auf der Tagesordnung der Runde stand eine breite Palette von Themen: Zum Beispiel der Netzausbau, die Anbindung von Offshore-Windparks und die Forschung zu Speichertechnologien. Zudem ging es unter anderem um eine bessere Verzahnung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien mit der Modernisierung der Stromnetze. Da die Produktion aus Wind und Sonne naturgemäß schwankt, müssen Kraftwerke bereitgestellt werden, die im Bedarfsfall einspringen. Zur Frage, wie solche so genannten Kapazitätsmärkte geschaffen werden, wird der Bund einen Vorschlag ma-

chen. Außerdem verständigten sich Bund und Länder darauf, für die im Bundesrat gestoppte Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes eine Arbeitsgruppe einzurichten. Das Gremium wird einen Ergebnisvorschlag erarbeiten. Das Ziel ist, noch vor der Sommerpause zu einer Einigung im Vermittlungsverfahren zu kommen. Zu dem Treffen im Bundeskanzleramt und zum bisherigen Verhalten der Länder erklärt der Koordinator für Energiepolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Bareiß: „Die Bundesländer sind in der Pflicht, denn auch sie haben der Energiewende im vergangenen Sommer zugestimmt. Jetzt blockieren sie aber entscheidende Projekte zum Gelingen der Energiewende, wie die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung und die Photovoltaiknovelle. Das erhöht den Strompreis und verhindert mehr Energieeffizienz und Wachstum.“

Unionsfraktion lehnt Euro-Bonds vehement ab

Im Rahmen einer von CDU/CSU und FDP beantragten Aktuelle Stunde zum Thema "Keine Vergemeinschaftung europäischer Schulden – Eurobondspläne der SPD: Haftung für deutsche Steuerzahler?" erteilte der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Norbert Barthle, Forderungen der Opposition nach der Einführung von Euro-Bonds eine klare Absage: „Wir wollen keine Euro-Bonds.“ Er stellte klar, Euro-Bonds seien nichts anderes als ein Instrumentarium, um sich günstig neu zu verschulden. Somit erleichterten sie die Fortsetzung der Schuldenpolitik, die Europa in die Krise geführt hat. Die gemeinsamen Anleihen setzten keinerlei Sparanreize für hoch verschuldete Länder. Im Gegenteil: Sogar Länder, die kurz vor der Insolvenz stünden, bekämen wieder leichteren Zugang zum Finanzmarkt. „So bekämen wir neue Wachstumsprogramme auf Pump“, warnte Barthle. Hintergrund: Vor allem der neue französische Präsident François Hollande hat die gemeinsamen Anleihen sowie Wachstumsprogramme in jüngster Zeit wieder auf die europäische Agenda gesetzt. Mit Euro-Bonds könnten die Euro-Staaten gemeinsame Anleihen am Kapitalmarkt aufnehmen und würden dafür gesamtschuldnerisch haften. Alle Staaten der Währungsunion würden so Geld zum selben Zinssatz bekommen, unabhängig davon, ob sie

ihre Haushalte konsolidieren oder ihre Verschuldungspolitik weiterbetreiben. Befürworter betrachten Euro-Bonds als Mittel, die Schuldenkrise im Euro-Raum zu überwinden. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Michael Meister erinnerte daran, dass die Väter der Währungsunion keine gemeinsame Haftung vorgesehen hätten. Auch die Rechtslage in Deutschland und Europa gebe das momentan nicht her. Meister machte deutlich, was Euro-Bonds in letzter Konsequenz bedeuten: Sie führten zu höheren Zinsen in Deutschland, obwohl es an den Finanzmärkten eine hohe Bonität genieße. In anderen Euro-Ländern, die auf Pump den Konsum anheizten, würden die Zinsen dagegen sinken. Dies könne man den deutschen Steuerzahlern nicht zumuten, betonte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende: „Dass wir die sozialistischen Träumereien in anderen Ländern bezahlen, das kann nicht sein.“

Neuregelung der Organspende

An diesem Freitag debattierte der Deutsche Bundestag abschließend zwei Gesetzentwürfe zur Änderung des Transplantationsgesetzes. Zum einen den Regierungsentwurf, der die Rahmenbedingungen für Organspenden verbessern soll. Unter anderem sollen bessere organisatorische Abläufe dazu beitragen, die Zahl der Spender zu steigern. Und zum anderen einen fraktionsübergreifenden Gesetzentwurf, demzufolge gesetzliche und private Krankenkassen ihre Versicherten, die älter sind als 16 Jahre, schriftlich auffordern sollen, freiwillig eine Entscheidung zur Organspende abzugeben. Ziel ist es, dass mehr Menschen in Deutschland ihre Bereitschaft zur Organspende erklären. Hintergrund: In Deutschland warten pro Jahr mehr als 12.000 Menschen auf ein Spenderorgan, davon 8.000 auf eine Niere. Die moderne Medizin kann die Lebenserwartung und die Lebensqualität von Patienten mit schweren Erkrankungen von Organen deutlich verbessern. Ohne Organe, die von Spendern zur Verfügung gestellt werden, erreicht sie jedoch früher ihre Grenzen – statistisch gesehen sterben täglich drei auf ein Spenderorgan Wartende, da das Angebot an transplantationsfähigen Organen zu gering ist. Die Entscheidung über eine Organspende ist eine sehr persönliche Angelegenheit eines jeden einzelnen Bürgers. Im Gesetz zur Regelung der

Entscheidungslösung im Transplantationsgesetz geht es daher um Organspende und nicht um eine „Organbereitstellungspflicht“. Es wird niemand gezwungen, sich zu entscheiden und einen Spenderausweis auszufüllen. Es wird vielmehr jeder Bürger in die Lage versetzt und aufgefordert, sich zu Lebzeiten mit der Frage seiner Spendenbereitschaft ernsthaft zu befassen. Jeder wird gebeten, sich zu äußern – angesichts der Tatsache, dass eine derartige Entscheidung Leben retten kann, erscheint diese Bitte gering. Neben der Einführung dieser sogenannten Entscheidungslösung wird die Möglichkeit geschaffen, die Bereitschaft zur Organspende künftig freiwillig auf der Gesundheitskarte dokumentieren zu lassen.

KFOR-Einsatz verlängert

In namentlicher Abstimmung haben an diesem Freitag die Abgeordneten auf Antrag der Bundesregierung die deutsche Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR) verlängert. Für den Einsatz sind laut Vorlage maximal 1.850 Soldaten vorgesehen. Hintergrund: Deutschland ist derzeit mit 1.222 Soldaten an der internationalen Sicherheitspräsenz beteiligt und trägt in Führungsverantwortung damit weiterhin zur militärischen Absicherung der Friedensregelung für den Kosovo auf Grundlage der Resolution 1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen bei. Die insgesamt positive Entwicklung der Lage vor Ort und des Aufbaus selbsttragender Sicherheitsstrukturen hat eine graduelle Verminderung des Kräfte- und Fähigkeitsumfangs von KFOR ermöglicht. Die Lage im Kosovo ist grundsätzlich ruhig und stabil, allerdings bleibt das Eskalationspotenzial im kosovo-serbisch dominierten Norden Kosovos hoch.

Zitat:

«Wenn die Bundeskanzlerin einen Minister um seinen Rücktritt bittet, dann hat man dem Folge zu leisten. Das ist jedenfalls meine Auffassung.»

(Verteidigungsminister Thomas de Maizière in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» vom 25.05.2012)

Persönliche Notizen

1.Wahlkreis und Land

Am 12. Mai hatten wir in Schwabsberg von der CDU-Ostalb einen wegweisenden Arbeitsparteitag, bei dem unsere Mitglieder wertvolle Impulse zur Neuausrichtung der CDU gegeben haben. Abends nahm ich in Ballmertshofen beim Neumitgliedertreffen der CDU Heidenheim teil. Am 14. Mai besuchte ich im Aalener Wirtschaftszentrum und in Essingen zwei IT-Firmen, um mir ein Bild von der neuesten Technik zu machen, aber auch um die Betreuung von Kindergartenkindern durch eine dieser Firmen anzuschauen. Ziel dieses berufsbegleitenden Engagements ist es, die Kinder spielerisch an moderne Technik heranzuführen. Anschließend fuhr ich nach Ellwangen ins Hariolf-Gymnasium, um mit Schulklassen über aktuelle Politik, insbesondere über den Kosovo, zu diskutieren. Nachmittags ging es dann weiter zur Senioren Union Oberkochen. Hier war insbesondere das Baugebiet Wolfertstal ein heißes Diskussions-thema, das von der SU Oberkochen aus vollem Herzen unterstützt wird. Abends hielt ich ein Grußwort bei der Vertreterversammlung der VR-Bank Aalen mit über 500 Teilnehmern.

Am 15. Mai Treffen hatte ich mit dem Ellwanger Oberbürgermeister Karl Hilsenbek und Prof Dr. Uli Holzbaur von der HAW Aalen eine Besprechung zur Konversion, anschließend gingen wir drei mit unserem MdL Winfried Mack zum Redaktionsgespräch der Ipf- und Jagstzeitung zu dem gleichen Thema - wie geht es weiter mit der Liegenschaft der Ellwanger Kaserne? Anbei die Berichterstattung: <http://bit.ly/KKFrAw> Den weiteren Tag verbrachte ich mit Gesprächen, u.a. mit Oberbürgermeister von Aalen, Martin Gerlach und später mit Bürgermeister Helmut Kieninger aus Niederstotzingen. Abends stellte ich mich vor vielen Zuhörern der öffentlichen Mitgliederversammlung der CDU Giengen zur Energiewende, ein volles Haus verbunden mit einer wirklich spannenden und langen Diskussion.

Den 16. Mai verbrachte ich überwiegend mit Papierarbeit und Telefonaten im Wahlkreisbüro, abends hatte ich mit der GfW Ostwürttemberg eine sicherheitspolitische Diskussion in Ellwangen. Hier ging es vor allem darum, wie

wir in Deutschland angesichts des dramatischen demographischen Wandels in den nächsten Jahren die Zusammenarbeit von FFW, THW, Reservisten, DRK usw. verbessern können für eine umfassendere Katastrophen- und Heimatschutzvorsorge. An Christi Himmelfahrt nahm ich bei der fröhlichen Eröffnung des Ellwanger Frühlingsfests teil.

Vom 18.-21. Mai unterstützte ich eine Delegation der Stadt Aalen unter Leitung von Oberbürgermeister Martin Gerlach in der Patenstadt Antakya, wo wir neben der örtlichen Universität eine Reihe von Wirtschaftsfördereinrichtungen, regionale Einrichtungen, den Kulturverein und Unternehmen besichtigten, eine wertvolle, mir viele Einblicke in regionale Zusammenhänge gewährende Reise. Berichterstattung unter: <http://bit.ly/K3NtVn>

2. Berlin

In Berlin stand diese Woche neben der Vereidigung von Peter Altmaier als neuer Bundesumweltminister vor allem die Regelung seiner Nachfolge in der Fraktion an: Als neuer 1. Parlamentarischer Geschäftsführer wurde der Kollege Michael Grosse-Brömer mit 96,4% gewählt. Inhaltlich stand die Regierungserklärung **Fortschritt durch Innovation** durch Bundesministerin Dr. Annette Schavan im Mittelpunkt, die auf die großen Erfolge hinweist, die wir im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung seit 2005 erreicht haben. Die Ausgaben für Forschung, Wissenschaft und Entwicklung konnten seit 2005 um mehr als 50% gesteigert werden, von 9 Mrd. € (2005) auf mittlerweile 13,7 Mrd. € (2011). Dies entspricht einer Steigerung des Anteils dieser Aufwendungen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2,51% auf 2,82%. Deutschland liegt damit deutlich über dem EU-weiten Schnitt von knapp 1,9%. Diese Forschungsstärke trifft auf die innovativen Unternehmen in unserem Wahlkreis ganz besonders zu. Innovationskraft = Wohlstand!

Persönlich hatte ich gute Diskussionen mit etlichen Schulklassen aus unserem Wahlkreis (Realschule Bopfingen, Eugen-Bolz-Realschule Ellwange, Werkgymnasiums Heidenheim), die die intensive Arbeitswoche in Berlin abrundeten. Zusätzlich war eine BPA-Gruppe aus dem Wahlkreis, deren Teilnehmer sich vor allem

durch ehrenamtliches Engagement auszeichneten, die gesamte Woche in Berlin. Am Freitag besuchte sie auch das Plenum, anschließend hatten wir eine angeregte Diskussion, bei der ich aus der Berliner Arbeit berichten konnte und mich umgekehrt auch umfassend über einige Wahlkreisaspekte aus erster Hand informiert habe. Für mich ist es immer hilfreich, auch in Berlin durch die Besuchergruppen aus dem Wahlkreis Verbindung in unsere Region zu halten. In diesem Jahr organisiert mein Büro den Besuch von über 3600 Bürgerinnen und Bürgern aus unserem Wahlkreis in Berlin. Mit dieser großen Zahl liegen wir unter den ersten drei Abgeordnetenbüros, sagte mir unlängst der Besucherdienst!

3. Sonstiges

Am heutigen Freitagabend setzen wir in Gerlingen die Arbeit an der Zukunftswerkstatt unserer CDU Baden-Württemberg fort, die ersten Ergebnisse werden beim Landesparteitag am 21. Juli vorgestellt und diskutiert, dann wird die Arbeit weiter fortgesetzt. Anschließend treffen wir uns noch zur CDU-Bezirksvorstandssitzung Nord-Württemberg.

Ein Terminhinweis: Am Samstag, dem 09. Juni von 09.30 - 12.00 Uhr veranstaltet die JU Ostalb gemeinsam mit dem CDU-Bezirksvorsitzenden und Bundestagsverkehrsexperten Steffen Bilger MdB und mir ein Forum zur B29 in der Sonne, Westhausen. Vielleicht haben Sie Zeit?

Nächste Woche nehme ich mit unserer Landesgruppe aus der Bundestagsfraktion an einer dreitägigen Reise nach Rumänien teil, wo wir unter anderem eine Filiale der Firma RuD aus unserem Wahlkreis in Hermannstadt/Sibiu besuchen werden.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein schönes Pfingstfest.

Herzliche Grüße Ihr und Euer

